



## **Unsere Demokratie stärken – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen!**

*Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion zur Förderung der demokratischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen*

Durch den Auftrieb antidemokratischer Bewegungen und Parteien in Deutschland und ganz Europa, steht unser demokratischer Rechtsstaat vor einer gewaltigen Herausforderung. Leider zeigt sich, dass das Verständnis davon, wie Demokratie funktioniert, welche Rolle das Individuum, die Medien oder eine Partei darin spielt und die empfundene oder tatsächliche Möglichkeit von Menschen sich im politischen Prozess zu beteiligen noch nicht ausreichend verwirklicht ist.

Unsere Antwort als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist nicht Abschottung und Einschränkung von Grundrechten; unsere Antwort ist es den Rechtsstaat zu verteidigen und unsere Demokratie zu stärken. Denn nur eine starke streitbare und wehrhafte Demokratie kann seine Bürgerinnen und Bürgern auch in stürmischen Zeiten Schutz und Sicherheit garantieren.

Eine funktionierende, stabile, partizipative und integrative Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Demokratie muss immer wieder erkämpft werden. Und Demokratie muss erlernt werden. Am besten so früh wie möglich. Dazu gehört es, dass Möglichkeiten der Beteiligung geschaffen werden. Dass Kinder und Jugendliche auch tatsächlich Verantwortung übernehmen dürfen. Dass sie die Erfahrung machen, dass ihre Stimme zählt und sie mitentscheiden können. Demokratie kann man nicht auf rein theoretischer Ebene verständlich machen. Demokratie muss erlebbar sein. Denn sie ist beileibe keine einfache Angelegenheit: Sie erfordert selbständiges Denken, das Einbringen und Werben für die eigenen Vorstellungen, das Bewerten von Vorschlägen, Respekt und Toleranz gegenüber anderen Werten und Idealen, Konstruktivität und Kommunikation, Differenzen auszuhalten, schwierige Interessenlagen zu überblicken und die Fähigkeit Kompromisse schließen zu können.

Für die SPD ist Demokratie dabei weit mehr als die regelmäßigen Wahlen zu Parlamenten. Unser Ziel ist nicht nur die Demokratie als politisches System des Staates. Unser Ziel ist die Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Die SPD- Landtagsfraktion setzt sich daher dafür ein:

- Wahlrecht ausweiten

Jugendliche können und wollen an Wahlen teilnehmen. Die SPD fordert daher gemeinsam mit zahlreichen Parteien, Jugend- und Sozialverbänden schon lange das Wahlrecht ab 16. Gerade aufgrund des demografischen Wandels, gilt es die Stimmen junger Menschen zu stärken. In zahlreichen anderen Bundesländern ist dies längst gängige Praxis. Die SPD-Landtagsfraktion wird sich darüber hinaus in einer Veranstaltung grundsätzlich mit dem Thema Wahlrecht auseinandersetzen.

- SchülerInnenvertretung fördern

Auch in Schule ist Demokratisierung ein wichtiger Bestandteil, um Schülerinnen und Schüler zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Gibt es eine gelebte Mitbestimmung zwischen Schulleitung, Lehrkräften und Schüler\_innenvertretungen profitiert langfristig auch die Schule von einem besseren Klima. Für die Kinder und Jugendlichen müssen dabei in der Schule unterschiedliche Wege der Teilhabe realisiert werden. Schülerinnen und Schüler müssen Zeit und Freiräume erhalten, ihr Mitbestimmungsrecht vor Ort auch ausüben zu können. Die SPD wirbt daher für eine Überarbeitung des Schulmitbestimmungsrechtes.

- Jugendbeteiligung in der Kommune

Über den § 49a KSVG besteht in jeder Kommune die Möglichkeit Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Dabei ist die Einrichtung eigener Gremien schwächer ausgestaltet, als dies zum Beispiel bei Seniorinnen und Senioren der Fall ist. Wir fordern mindestens eine Gleichstellung und die verpflichtende Beteiligung bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren. Die Ausgestaltung der Beteiligung bleibt der Kommune überlassen, allerdings darf sie auch nicht abhängig gemacht werden von der Finanzkraft der Kommune. Jugendbeauftragte nehmen in diesem Prozess eine wichtige Brückenfunktion wahr.

- kind- und jugendgerechte Formate und Strukturen

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen scheitert oft an der gängigen demokratischen Praxis. Ellenlange Gremiensitzungen zu später Uhrzeit an Orten, die nur mit dem Auto erreichbar sind, schrecken nicht nur viele Erwachsene ab, sondern machen die Teilnahme für junge Menschen schlichtweg unmöglich. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass außerhalb dieser bestehenden Strukturen Beteiligung alters- und zielgruppengerecht, transparent, niedrighschwellig, überschaubar und wirkungsvoll organisiert werden kann und diese Möglichkeiten bekannter gemacht werden. Die Beteiligung über digitale Plattformen oder Foren kann ein Weg sein.

- Umfassendes Beschwerdemanagement

In allen Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche betreuen oder beherbergen muss ein unabhängiges altersadäquates Beschwerdemanagement eingerichtet werden. An dieses sollen sich Kinder oder Jugendliche wenden können, wenn Konflikte oder Probleme mit der Einrichtung auftreten.

- Selbstverwaltung ermöglichen

Jugendzentren bieten Kindern und Jugendlichen Freizeitmöglichkeiten und stärken Kinder und Jugendliche darin sich in die Gemeinschaft einzubringen. Sie realisieren Teilhabe und demokratische Prozesse. Selbstverwaltete Räume oder Mittel ermöglichen die Übernahme von Verantwortung und die schaffen wertvolle Erfahrungen. Im Saarland besteht ein bundesweit einzigartiges Netzwerk selbstverwalteter Jugendclubs das Vorbildcharakter besitzt. Dies gilt es zu erhalten und zu fördern. In Jugendverbänden lernen und praktizieren Kinder und Jugendliche alltäglich Demokratie. Sie organisieren sich ihre Freizeit- und Bildungsangebote in Form und Inhalt selbst und tragen ihre Interessen in den Erwachsenenverein. Sie bringen sich von der Orts- bis zur internationalen Ebene ein und gestalten somit unser Gemeinwesen aktiv mit. Ihre Strukturen und die Unterstützung durch hauptamtliches Personal sind zu sichern und auszubauen.

- Austausch zwischen Politik und Jugend

Um sich ein politisches Weltbild und eine fundierte Meinung bilden zu können, braucht man den Diskurs, den Austausch von Argumenten. Leider gibt es in der Gesellschaft die Tendenz parteipolitische Akteurinnen und Akteure immer weniger Möglichkeiten zu geben ihre Auffassungen darzulegen und in den Diskurs einzutreten. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass wieder mehr Diskussionsrunden gerade auf für Kinder und Jugendliche auf Kreis und Landesebene stattfinden.

Die Landespolitik verpflichtet sich darüber hinaus, Kinder und Jugendliche stärker im Gesetzgebungsverfahren zu beteiligen. Es werden hierzu kinder- und jugendspezifische Angebote des Dialoges entwickelt. Die Landesbehörden und der saarländische Landtag werden ihre Besucherprogramme mit Blick auf die Interessen von Kindern und Jugendliche weiterentwickeln. Informationsmaterialien wie z.B. Broschüren der Behörden, sollen in einfacher Sprache angeboten werden. Das zuständige Familienministerium wird zukünftig wieder ein echtes Jugendministerium sein. Dazu soll die Bezeichnung „Jugend“ wieder in den Titel aufgenommen und eine Stabsstelle eingerichtet werden.

- Den Landesjugendring als Netzwerk der Kinder- und Jugendverbände stärken

Der Landesjugendring Saar ist die Interessensvertretung der saarländischen Jugendverbände. Seine Arbeit ist von unschätzbarem Wert, für die ehrenamtliche Jugendverbandsarbeit im Saarland. Um diese Arbeit sicherzustellen, muss die Finanzierung gewährleistet werden. Der LJR berät Jugendverbände u.a. bei der Beantragung von Landesmitteln und in Fragen des Kinderschutzes. Insbesondere durch die Novellierung des Bundeskinderschutzgesetzes ist der Beratungsbedarf bei den Jugendverbänden stark gestiegen. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Angebote und Projekte wie der Landesjugendserver Saar oder das Erfolgsprojekt „Ding dein Dorf“, müssen verstetigt werden.